Eine Zusammenfassung der Leitung

Die Konferenz fand am 5. und 6. April 2004 in Doha statt. Seine Königliche Hoheit Scheich Hamad Bin Khalifa Al Thani, Emir des Staates Katar, eröffnete die Konferenz in Anwesenheit von ungefähr 500 Teilnehmern aus aller Welt. Unter ihnen waren Vertreter aus verschiedenen offiziellen akademischen Kreisen, aus der Wissenschaft, der Presse, der Bildung und Kultur. Darüber hinaus waren auch Vertreter von einigen internationalen und regionalen Organisationen und Gremien anwesend.

Die Arbeit der Konferenz wurde im Laufe von (10) Sitzungen abgeschlossen. Die Verantwortung für die Organisation und Moderation jeder einzelnen Sitzung wurde vollständig an jeweils eine bestimmte Institution in einer Art und Weise übernommen, die später erklärt werden soll. Im Laufe der Sitzungen wurden von den Sitzungsteilnehmern einige, d.h. bis zu 52 Arbeitspapiere präsentiert. Die Gespräche der Konferenzteilnehmer konzentrierten sich auf diese Papiere. Es wurden (71) Beobachtungen gemacht und die Sprecher der Sitzungen fügten ebenfalls ungefähr (36) Kommentare hinzu.

Das erste Thema behandelte den Punkt der "Schulbildung und ihre Rolle bei der Förderung des Einzugs der Demokratie". Die Sitzung wurde von der Universität von Katar und dem Golf-Institut für Studien organisiert und geleitet. In der Diskussion ging es um die Schulbildung in der Arabischen Region und ihre Verantwortung für den Entwicklungsstand der Demokratie. Aus den verschiedenen Meinungen bildeten sich zwei Hauptrichtungen heraus. Die eine besagte, dass die Schulbildung in unserer Region allein schuld daran sei, da sie weder eine Kultur der Demokratie in der erforderlichen Art und Weise beinhalten würde noch eine solche annähme, sondern eher grundlegende Elemente in sich hätte, die der Demokratie eher entgegen stünden.

Die andere Hauptrichtung vertrat die Meinung, dass die Vorwürfe gegen das arabische Bildungswesen nicht zuträfen und dass es eher das Opfer der offiziellen arabischen Politik und Gesellschaftsordnung wäre. In der Sitzung wurden mehrere Meinungen von den Sitzungsteilnehmern als auch von den Konferenzteilnehmern zum Ausdruck gebracht bezüglich der Grundlagen für die Bildungsreform und der Rolle, die von außerhalb übernommen werden müsste, um dieses Ziel zu erreichen, sowie der Einfluss des religiösen Denkens auf diesem speziellen Gebiet. Sie diskutierten auch über die Erfahrungen der Kataris auf dem Gebiet der Entwicklung des Bildungswesens.

Ein weiteres Thema, über das gesprochen wurde, war: "Die Bedeutung der Kultur bei der wirtschaftlichen Entwicklung und dem demokratischen Bewusstsein." Diese Diskussionsrunde wurde von dem "Arabischen Presse-Club in Frankreich" organisiert und geleitet. Diese betonte die Tatsache, dass das kulturelle Element zur Hauptantriebskraft für die politische Dynamik in der Welt geworden ist.

Die Diskussion kam zu der Schlussfolgerung, dass das demokratische Heil nicht werden kann ohne die volle kulturelle und epistemologische Entscheidungsfreiheit. Die Diskussion brachte auch ihre Sorge über die Situation der arabischen Realität zum Ausdruck und dass sie sich verschlechtert habe und dass sie insgesamt sofort reformiert werden müsste. Man diskutierte auch über die Tatsache, dass die politische Kultur Arabiens auf allen Ebenen relativ rückwärts gerichtet ist und dass sie sich vielen Herausforderungen gegenüber sieht (die Kultur der vereinfachten Dualitäten – die Kultur des Alles oder Nichts – die Kultur der Angst vor dem anderen – die Kultur der Verschwörungen). Ebenso wurde die Möglichkeit gesehen, dass der Westen versucht ist, ihnen eine vorgefertigte Kultur und globale Kriterien aufzudrängen, die nur noch eingeführt und angewendet zu werden brauchen.

Aus diesem Grund warnten einige Konferenzteilnehmer davor, die wachsende Trennung zwischen Arabien und der islamischen Welt wegen der kulturellen Missverständnisse zu ignorieren. Andere forderten von der Kultur, dass sie den Kampf für Entwicklung und Demokratie kämpfen sollte, vorausgesetzt sie würde nicht einen höheren Stellenwert dem materiellem Wohlstand auf Kosten von höheren Werten der Menschheit einräumen; sie verlangten ebenfalls von der Kultur, dass sie nicht die politische und kulturelle Souveränität der Völker vernachlässigen oder vergessen sollte. Des Weiteren entzündete das Thema der Säkularisation ebenfalls eine lebhafte Diskussion zwischen den Sitzungs- und Konferenzteilnehmern.

Diskussionsthema wurde "Der Rolle der wirtschaftlichen Das dritte Entwicklung bei der Erweiterung und Förderung der Demokratie" gewidmet. Die Diskussion wurde vom "Rat für Außenbeziehungen in den USA" organisiert und geleitet. Eine Intervention drehte sich um die Hauptsäule der wirtschaftlichen Entwicklung (Bildung – politische und wirtschaftliche Stärkung der Frauen in der Gesellschaft – Transparenz – Achtung der persönlichen Rechte und die Souveränität des Gesetzes - die Rolle der internationalen Gemeinschaft und eine aktive Zivilgesellschaft). andere Präsentation behandelte Eine das Thema Staatssicherheit und Demokratie, während eine dritte sich auf die Rolle der Frau konzentrierte und ihre Bedeutung für die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele. Darin wurden drei Hauptelemente genannt, nämlich die Schulbildung der Mädchen, dass Frauen über eigene wirtschaftliche Mittel verfügen und als Arbeitskräfte mit einbezogen werden sollen. Dennoch behandelte ein weiteres Arbeitspapier das Thema der Bildung von konzentriertem Reichtum und die Bedeutung von "Risiko-Kapital".

Die Präsentationen lösten sehr ausgedehnte Dialoge und Diskussionen zwischen den Sitzungs- und Konferenzteilnehmern aus. Insbesondere wurde von einigen Einspruch gegen das erhoben, was über das "Risiko-Kapital" gesagt worden war und über die Rolle der Banken in Bezug auf das arbeitende Kapital. Über die Frage nach alternativen Energiequellen wurde ebenfalls ausführlich diskutiert. Ebenso war die Frage nach der Gründung einer Entwicklungsbank für den Nahen Osten für alle Teilnehmer von besonderem Interesse.

"Die arabische Organisation für Menschenrechte" organisierte und moderierte die Sitzung, die dem Thema gewidmet wurde: "Veränderung in der arabischen Region, Themen und Probleme". Die Hauptsprecher, d.h. die Sitzungsteilnehmer, beschäftigten sich mit dem Entwicklungsstand der Demokratie in der arabischen Region, mit den Projekten und Initiativen für Reformen von innerhalb und von außerhalb der Region zum gegenwärtigen Zeitpunkt. All das schafft für die arabischen Regierungen eine schwierige Situation.

Andere sprachen hauptsächlich über die externen Projekte, die amerikanischen Projekte und über die Tatsache, dass sie von einer Aura des Argwohns umgeben sind, weil ihnen einige Irrtümer innewohnen. Außer einigen bereits bestehenden Konfrontationen in der Region, insbesondere angesichts des andauernden Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern und der Tatsache, dass diese Konflikte Hindernisse für die Einführung von Grundlagen für eine Demokratie sind.

Einige andere Teilnehmer beschäftigten sich hauptsächlich mit den Schritten, die der Staat Katar im Laufe der letzten Jahre auf dem Weg zur Demokratie unternommen hatte. Die Präsentationen lösten im Saal sehr lebhafte Diskussionen über die zwei Hauptgedankenrichtungen aus. Die eine lehnte es ab, Demokratie von außen zu importieren oder aufzuzwingen und wies die Gedanken derjenigen ab, die in unsere Region kommen, um uns Demokratie zu lehren.

Die andere Gedankenführung betrachtete den Aspekt, dass die Welt praktisch zu einer kosmischen "Wohnung" geworden ist und nicht nur zu einem kosmischen Dorf. Das macht es für die Bewohner dieser Wohnung notwendig, jedem Versuch von Mitbewohnern entgegenzutreten, wenn es sein muss mit Gewalt, um zu verhindern, dass die "Wohnungseinrichtung" zerstört wird.

Das fünfte Thema behandelte "die Auswirkung von Krisen und Instabilität auf die Entwicklung der Demokratie im Nahen Osten". Die dieses Thema bearbeitende Sitzung wurde von "dem Westminster-Institut für Demokratie in Großbritannien" organisiert und moderiert. Einer der Sitzungsteilnehmer sprach über die Rolle jenes Institutes, bei der Erweiterung der Demokratie zu helfen, und dessen Erfahrung diesbezüglich.

Ein anderer Sprecher sprach über die Auswirkung von externen Krisen auf den Entwicklungsstand, im Hinblick auf die durch diese verursachten wirtschaftlichen Verluste oder im Hinblick auf die Tatsache, dass solche Krisen möglicherweise den Spielraum für Demokratie innerhalb des Landes unter dem Vorwand einschränken, dass man auf externe Bedrohungen reagieren müsse.

Eine dritte Präsentation handelte von der Möglichkeit, dass Krisen und Instabilität nicht allein die Demokratie verhindern oder ihre Hauptblockade sind, wogegen eine andere Präsentation die gegenteilige Meinung vertrat und behauptete, dass solche Krisen der Demokratie kein Ende setzen, sondern dass solche Krisen und Instabilität eher die stärksten Faktoren sein können, um zu einer erwachsenen Demokratie hinzuführen.

Diese Meinung wurde von einem anderen Gesichtspunkt untermauert, indem zugestimmt wurde, dass die Krise nicht ein Hindernis ist, sondern wesentlich für die Erlangung der Demokratie.

Diese Meinungen wurden in der Diskussion mit den Konferenzteilnehmern reflektiert. Einige von ihnen forderten, dass der Nahe Osten die Demokratie erhalten sollte, die er verdient hat, vorausgesetzt sie kommt aus den eigenen Reihen und führten auf, dass diese Region von außen kommenden Hindernissen gegenübersteht, zu aller erst ist zu nennen die Stellung der Supermächte im Hinblick auf die Palästinenserfrage und auf die Frage des Iraks. Einige andere Konferenzteilnehmer zeigten sich besorgt darüber, dass es an einer Begründung fehle, die die Kräfte des politischen Islams daran hindern würde, an die Macht zu kommen.

Eine andere Sitzung beschäftigte sich mit der "Europäischen Rolle bei der Förderung der Demokratie in der Arabischen Welt". Sie wurde organisiert und geleitet von dem "Institut für internationale strategische Beziehungen in Frankreich". Einige Präsentationen handelten von den verschiedenen methodischen Vorgehensweisen Europas einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits bezüglich der Frage, wie man eine Demokratie gründet.

Ein weiterer Sitzungsteilnehmer sprach darüber, in welchem Maße europäische und westliche Werte ein Vorbild für andere werden könnten, jedoch nicht dadurch dass man diese Werte exportiert oder sie kopieren lässt.

Ein dritter Teilnehmer verglich Europa mit der arabischen Region unter dem Aspekt der Demokratie und stimmte zu, dass kein einziger Staat den Anspruch erheben dürfte, anderen in Punkto Demokratie Unterricht zu erteilen.

Ein vierter Teilnehmer bezog sich darauf, dass es unvermeidbar ist, dass sich Europa mit der Frage der Demokratie im Nahen Osten auseinandersetzt und wies auf die Notwendigkeit hin, dass es sich ernsthafte Gedanken über seine Sicherheit und vitalen Interessen machen sollte, vorausgesetzt dass der Schlüssel zu jeder Bewegung darin liegen sollte, die Demokratie in der Arabischen Welt zu erweitern und darin, ein partnerschaftliches Verhältnis zur Mittelklasse und der Zivilgesellschaft aufzubauen, die beide eine Quelle für Entwicklung in der Region sind.

Dagegen stellte eine andere Präsentation dar, dass Europa der Region näher zu stehen scheint, nicht nur geografisch und kulturell, sondern auch weil Europa ein größeres Verständnis zeigt und objektiver ist im Hinblick auf die Hauptprobleme innerhalb der Region, insbesondere des Problems der Palästinenserfrage im Gegensatz zu der offensichtlichen amerikanischen Voreingenommenheit für Israel.

Die Konferenzteilnehmer gaben viele Kommentare zu den Präsentationen ab. Einige bezeichneten die Präsentationen nur als eine Anzahl von Statements zur Verteidigung Europas oder der westlichen Welt, wogegen andere eine Verbindung herstellten zwischen dem Erfolg Europas und dem Maß, mit dem es in der Lage ist, Hilfestellung bei der Lösungsfindung im arabisch-israelischen Konflikt zu geben. Ein dritter Teilnehmer forderte, dass Europa Druck auf Amerika ausübt und von der Notwendigkeit überzeugen sollte, dass sie beide gemeinsam Verantwortung in dieser Frage übernehmen.

Andere sprachen von der geringen Glaubwürdigkeit im Bezug auf die Rolle Europas in der Region, die eine Folge der mangelnden politischen Effizienz der Europäischen Union ist, und es kommt dazu, dass sich Europa einer komplexen Bürokratie gegenübersieht.

Das "Königliche Institut für Internationale Angelegenheiten in Großbritannien" übernahm die Verantwortung für die Organisation und Moderation eines noch anderen Themas mit dem Titel: "Irak: Schafft oder verhindert ausländische Intervention Demokratie im Nahen Osten?" Die Diskussion begann mit der Annahme, dass die arabischen Regierungen ein Scheitern der amerikanischen Intervention im Irak wollen. Einige unterstützten die Idee, während andere solch einer Behauptung nicht zustimmten.

Die Diskussion ging über die Schwere des Irak-Krieges sowohl auf irakischer als auch auf regionaler Ebene, und einige Sitzungsteilnehmer kritisierten die eingeschränkte Demokratie in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Einige Präsentationen sprachen von der Berechtigung von ausländischen Interventionen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, indem sie behaupteten, dass ein solches Eingreifen notwendig ist im Hinblick auf die Palästinenser-Frage und sie kritisierten die israelische Politik und Praxis gegenüber den Palästinensern, die zeigen, dass Israel kein liberaler Staat ist.

Die Diskussion zwischen den Sitzungsteilnehmern und den Konferenzteilnehmern zeigte deutlich, dass die Mehrheit das Prinzip, Demokratie von außen aufzuzwingen, gegenwärtig ablehnt, besonders durch Gewalt, wie das zurzeit im Irak geschieht. Sie brachten ihren Argwohn gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika zum Ausdruck, wobei sie an deren Position in der Palästinenser-Frage dachten. Andererseits drückten einige Sprecher ihr Interesse an den türkischamerikanischen-israelischen Beziehungen aus und stellten Fragen über das Wesen von solchen Beziehungen.

Dem "Rat für Außenbeziehungen der Vereinigten Staaten" wurde die Verantwortung für die Vorbereitung und Moderation der Sitzung gegeben mit dem Titel: "Die Formulierung der öffentlichen Meinung, die demokratische Umsetzung in die Praxis und die Rolle der arabischen Presse." Eine der Präsentationen handelte von der Rolle des Pressebüros im Weißen Haus und seiner Arbeitsmethoden im Lichte dessen, was durch die Ereignisse des 11. Septembers zu Tage getreten war, und zeigte, dass Amerika seine Art und Weise ändern muss, wie es sich mit dem Rest der Welt verbindet. Eine andere Präsentation brachte Beispiele von Tatsachen, dass der Versuch unternommen worden war, Fakten im Zusammenhang mit

Untersuchungsberichten zu finden, um solchen Gerüchten zu beenden, die es darauf abgezielt hatten, die öffentliche Meinung zu destabilisieren oder solche Gerüchte, die dazu führen sollten, dass man zu falschen Schlussfolgerungen und zu einem falschen Standpunkt kam.

Ein anderes Arbeitspapier behandelte die Rolle und Verantwortung der ausländischen Informationasquellen in arabischer Sprache zur Schaffung eines günstigen Klimas, das die Entwicklung der Demokratie in der Region unterstützt und ermutigt. Ein weiterer Sprecher sprach über die Rolle der Journalisten bei der Bildung der öffentlichen Meinung.

Ein vierter Sitzungsteilnehmer machte einen Rückblick auf die Hindernisse und Probleme, die Rolle der arabischen Presse einschränken, insbesondere von denen, die vom Staat verursacht werden und die die Entwicklung demokratischer Mechanismen verhindern. Ein weiterer Sprecher behandelte das gleiche Thema und sprach darüber, dass es in Zukunft unbedingt erforderlich und notwendig ist, einen Ehrenkodex für die arabische Presse zu "institutionalisieren" und einzuführen.

Der Kommentar der Konferenzteilnehmer stimmte den Präsentationen der Sitzungsteilnehmer zu, insbesondere bei der Rolle des Staates, dass er die arabische Presse beschneidet. Jedoch wurde die Diskussion über dieses Thema von dem Problem überlagert, dass einige Medienmitarbeiter, der Gefahr ausgesetzt sind, ermordet zu werden und dem Vorwurf der Vereinigten Staaten, dass sie direkt dafür verantwortlich sind.

Ein anderes Thema hatte den Titel "Der Freihandel und die Förderung der Demokratie in der Arabischen Welt" und "Good Governance und die Zivilgesellschaft" war das Thema einer anderen Sitzung. Diese Sitzung wurde organisiert und moderiert von dem "Zentrum für Studien und Erforschung der arabischen Völker und dem Nahen Osten – in Genf".

Eine der Präsentationen diskutierte über die heutige Wirklichkeit im Hinblick auf die Demokratie in der Arabischen Welt und kam zu der Schlussfolgerung, dass das, was heute stattfindet, nicht dazu führt, eine Demokratie durch demokratische politische Regierungen zu etablieren, sondern dass das eher aufgrund des Druckes ist, der von der internationalen Gemeinschaft ausgeübt wird, weil nach deren Meinung die radikalen Regierungen als Feinde für die internationale Gemeinschaft betrachtet werden.

Ein zweiter Sprecher sprach über das Brechen von Monopolen und über die so genannte "Zauberformel". Eine dritte Präsentation handelte von der europäischen Vorstellung von Kooperation und Partnerschaft, um Reformen zu erreichen, wobei er die Bedeutung der Partnerschaft im Nahen Ostens erwähnte, obwohl sie bis heute noch nicht umgesetzt worden ist und bisher nur durchschnittliche Ergebnisse erreicht hat, wegen der Tatsache, dass die Friedensbemühungen in der arabischen Region bisher erfolglos waren. Der gleiche Sprecher sprach die neue erweiterte europäische Politik der guten Nachbarschaft an, mit der im Januar 2003 angefangen worden war und die in der Tat neue Perspektiven für die Zukunft bietet.

Ein weiterer Sitzungsteilnehmer sprach über den Erfolg des europäischen Integrationsprozesses, im Gegensatz zum Scheitern seines arabischen Gegenstücks.

Dennoch behandelte eine fünfte Präsentation die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung einer Demokratie als viertem Gebiet.

Die Diskussion zwischen den Sitzungs- und Konferenzteilnehmern drehte sich um die Frage der Trennung zwischen Religion und Staat. Einige erklärten, dass es nicht unmöglich ist, das Konzept einer islamischen Demokratie einzusetzen, wogegen andere alle Versuche als gescheitert bezeichneten, eine arabische Integration vergleichbar mit der europäischen Integration erreichen zu wollen, wegen der Unfähigkeit Arabiens, politische Entscheidungen anzunehmen. Wogegen ein anderer Sprecher meinte, dass die Rolle Israels verantwortlich sei für ein solches Scheitern.

"Das Islamische Zentrum in den Vereinigten Staaten" übernahm die Verantwortung für die Organisation und Moderation einer spezielle Sitzung, die dem Thema gewidmet war: "Die Energiepolitik und die Energiewirtschaft in der nächsten Zukunft." Einige der Präsentationen gingen über die politische Dimension von der Verfügbarkeit von Ressourcen und warnten die Öl und Ölprodukte besitzenden Länder davor, dies als Vorwand zu benutzen, um einer Reformpolitik auszuweichen. Eine andere Präsentation handelte von der Welt-Energie-Politik innerhalb dieses Rahmenwerkes von radikalen Beziehungen, die die Energiequellen in Verbindung bringen mit der Wirtschaftspolitik, der Umwelt, der Bildung und der Chancengleichheit.

Ein weiterer Sitzungsteilnehmer erwähnte die Tatsache, dass die USA auf lange Sicht ihre Öl- und Gaseinkäufe im Nahen Osten und Golf verringern würden. Diese Tatsache macht es für solche Länder erforderlich, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern und die OPEC von dem Vorwurf freizusprechen, dass sie einen Einfluss auf die Preise hätten. Vielmehr läge es am US-System der Verwendung des Benzins, nachdem die Amerikaner, den Beschluss der Gesetzesänderung zur Reinhaltung der Luft 1990 angenommen hatten.

Ein vierter Sitzungsteilnehmer bestätigte, dass man innerhalb der Vereinigten Staaten dem zustimme, dass die Energiepreise gesenkt werden müssten, dass es aber Meinungsverschiedenheiten darüber gäbe, wie man das tun müsste. Er erklärte, dass sich die Verfügbarkeit von Energie für alle Staaten nicht unbedingt in Form von Wirtschaftsentwicklung und Wohlstand für die Bevölkerung widerspiegelt, sondern dass sie die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum ablenkt.

Einige der Konferenzteilnehmer drückten ihre Sorge aus, dass möglicherweise falsche Erwartungen bestehen, während andere ihre Zurückhaltung zum Ausdruck brachten bzgl. der Möglichkeit, dass die Vereinigten Staaten ihre Abhängigkeit vom Auslandsöl verringern will und im Hinblick auf die bereits erwähnte Tendenz ihre die Abhängigkeit hin zu globalen Energiequellen verschiebt.